

# Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich. — Bezugspreis vierteljährlich 2,50 Reichsmark. — Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichspostliste unter Nr. 1628 Kreuzband-Sendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Verlagsstelle in  
Leipzig, Zeiger Straße 30, IV.,  
(Volkshaus) Aufgang B oder C. — Tel. 33 819

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgepaaltene Kleinzeile 1.— Reichsmark Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einbindung auf Postfach-Konto Leipzig 56383; Kassierer: L. Geiß, Leipzig, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. — Redaktions-Abschluß: Sonnabend vorm. 10 Uhr

Nr. 37

Sonnabend, den 14. September 1929

33. Jahrgang

## Was bedeuten die Haager Ergebnisse für die Wirtschaft?

Länger als man im Anfang glaubte, haben sich die Reparationsverhandlungen in Haag hingezogen. Des öfteren waren sie nahe daran, zu scheitern. Schließlich siegte doch der allgemein wahrnehmbare Wille, den Krieg zu liquidieren. Mit vereinigten Kräften der im Haag vertretenen Staaten wurde dann der Youngplan, wenigstens formell, in Kraft gesetzt. Damit haben alle Zwischenlösungen in dieser Frage ein Ende, und Abmachungen auf Jahrzehnte hinaus treten an deren Stelle. Dieser weltgeschichtliche Augenblick muß auch in der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterklasse ein entsprechendes Echo finden. Liegt doch nun für die deutsche Wirtschaft ein klarer Zustand vor, der es gestattet, auf lange Sicht zu disponieren.

Der Youngplan bringt einschließlich der Haager Abänderungen gegenüber dem bisherigen Zustand folgende Veränderungen: Herabsetzung der jährlichen Zahlungen von 2500 auf 2050 Millionen Mark. In den ersten zehn Jahren ergibt sich gegenüber dem Dawsplan eine Ersparnis von durchschnittlich 740 Millionen Mark je Jahr. Alle Kontrollstellen in Deutschland verschwinden. Sofern ihre Funktionen noch notwendig sind, übernimmt sie die Bank für den internationalen Zahlungsausgleich. Die Vorhut der Besatzungsarmee wird Mitte September in Marsch gesetzt. Spätestens Ende Juni 1930 soll der letzte fremde Soldat deutsches Gebiet verlassen haben. Die Engländer beginnen als erste mit der Räumung. Die Belgier folgen. Den Reigen beschließen die Franzosen.

Die Streitpunkte der Haager Konferenz lagen auf verschiedenen Gebieten. Der englische Schatzkanzler Snowden wehrte sich mit 80prozentigem Enderfolg gegen den Verteilungsschlüssel des Youngplanes. Es hat Mühe gekostet, die Ansprüche der Engländer zu befriedigen. Alle mühten Haare lassen, nicht zuletzt Deutschland. Wir müssen auf einen Anteil des aus dem Uebergangsjahr übriggebliebenen 300-Millionen-Markvermögens verzichten. Ferner muß Deutschland mit 30 Millionen Mark zu den noch entstehenden Belastungskosten beitragen. Weiter dürfen Ansprüche für Belastungsschäden nicht geltend gemacht werden. Schließlich mußte von den deutschen Vertretern in eine Erhöhung der ungeschützten Summe von 660 auf 700 Millionen Mark eingewilligt werden.

Das sind im wesentlichen die Opfer, die gebracht werden mußten. Sie waren nicht zu umgehen, sollte das ganze Werk nicht gefährdet werden. Dafür konnten aber endgültige Zustände erreicht werden, vor allem die Befreiung deutscher Lande von fremden Truppen, erreicht werden. Die von den französischen Vertretern geforderte Kontrollkommission wurde von den Deutschen entschieden abgelehnt, fiel in die Versenkung. Geblieben sind die vorgesehenen Maßnahmen des Locarno-Vertrages, die in ein Schiedsgericht auslaufen oder auf den Völkerbund zurückgehen. Man darf mit einer gewissen Sicherheit darauf rechnen, daß die Abmachungen im Haag zum Ausgangspunkt eines neuen Geschichtsabschnitts in Europa werden. Die drei Großmächte Deutschland, Frankreich und England sind sich im Haag bedeutend näher gekommen. Bleiben in den vorerwähnten Ländern die fortschrittlichen Parteien am Ruder und behält die Arbeiterklasse auch fernerhin genügenden politischen Einfluß, so können sich Bindungen anbahnen, die der wirtschaftlichen Zusammenfassung Europas einen ungeahnten Schwung verleihen. Die gegenwärtige Sitzung des Völkerbundesrates in Genf kann die Plattform abgeben, diesem Ziele ein weites Echo zu verschaffen.

Gehen wir nunmehr zur wirtschaftlichen Betrachtung der Dinge über, so wollen wir es uns keineswegs verhehlen, daß die restlose Erfüllung des Youngplanes schwere Opfer auf lange Zeit hinaus erfordert. Doch was nützt das Klagen! Keine Macht der Welt kann das deutsche Volk von den Verpflichtungen befreien. Wer weiß, was in 20 Jahren für Verhältnisse herrschen. Es gibt Revisionsmöglichkeiten, die auszunutzen spätere Geschlechter sicher nicht veräumen werden. Wichtig ist die wesentliche Entlastung in den ersten zehn Jahren. Dann werden wir weiter sehen. Sind wir doch der zurechtfindenden Hoffnung, daß die Klasse der Arbeitenden die maßgebenden Faktoren alles politischen Geschehens in der Zukunft sind. Es hieße an der Geschichte der Menschheit verzweifeln, wollten wir annehmen, daß die Teutonen und Bierbankstrategen noch auf Jahre hinaus namhafte Massen in ihren Bann zu ziehen vermögen. Die Nachkriegsgeneration, die von den Schrecken des Krieges und den Irrungen und Wirrungen der letzten fünfzehn Jahre aus eigenem Erleben nichts weiß, wird sich hoffentlich von den Demagogen abwenden, die im kaiserlichen Deutschland Generaldirektorenposten bekleideten, Ministerjesseln drückten oder in den warmen Betten gutbezahlter Posten sich rekeln konnten. Dazu ist aber Tatkraft und Aufklärung notwendig.

Was lebendig bleibt, ist die Wirtschaft! Hier haben die Leute, die auf den Kommandobrücken der Wirtschaftsschiffe stehen, ein Examen abzulegen. Gelingt es ihnen, an die Stelle der eisenkalten Atmosphäre des Verzagtheits an den blutwarmen Eismantelkräften der Initiative treten zu lassen, dann kann die kapitalistische Wirtschaft heutiger Prägung noch eine Zukunft haben. Andernfalls müssen auch hier neue Kräfte heran, um alten Plunder zu beseitigen und wegweisend Neues zu schaffen. Versucht man einen Ueberblick über die Wirkungen der Haager Ergebnisse auf die Wirtschaft zu gewinnen, so ist von einer Umkehr oder von einem lebenspendenden Impuls noch nichts zu merken. Nur die Börse erhielt einen leichten Stoß, der aber allzubald wieder in den Rinnälen einer heutzutageigen Spekulation zerann. Sonst zeigt der Himmel nur graue Wolken. Von dem berühmten Silberstreifen ist zur Stunde nirgends etwas zu entdecken.

Es ist natürlich reiner Zufall, daß beim Abschluß der Ergebnisse im Haag das Institut für Konjunkturforschung einen Bericht über die Konjunkturlage veröffentlicht, der alles andere, nur keinen erfreulichen Ausblick zeigt. Die Herren Wirtschaftsführer scheinen an sich selbst zu verzweifeln. Müde Resignation wohin man blickt. Man streitet sich um die

## Reichsverband der Pflasterstein- und Schotterwerke und Feriengewährung

In der 100. Haupttarifamtssitzung standen unter dem Vorsitz des Unparteiischen, Herrn Oberregierungsrat Dr. Kald- brenner, folgende Fragen zur Entscheidung:

- „Sind die durch Betriebsstilllegung und Kurzarbeit ausgefallenen Arbeitsstunden auf die für die Urlaubsgewährung vorgesehenen 2100 Pflichtarbeitsstunden anzurechnen?“
- „Hat der Absatz 2 des § 10 RAB rückwirkende Kraft auf die Zeit vor Inkrafttreten des Vertrages, also auf die Zeit vor dem 25. Februar 1928?“

Nach fünfstündiger Verhandlung und vergeblichen Versuchen des Vorsitzenden, eine Vereinbarung zustande zu bringen, flog die Sitzung auf, weil ein Arbeitnehmerbeisitzer, um einen den Arbeitern ungünstigen Schiedspruch zu verhindern, das Sitzungszimmer vor bzw. während seiner Verkündung verließ. Doch auch ohne diese Geste wäre der mit den Stimmen der Arbeitgeberbeisitzer zustande gekommene Schiedspruch ungültig gewesen, weil er, wie aus seiner schon vorher verfaßten, mehrere Schreibmaschinenseiten umfassenden Begründung hervorging, nicht als Ergebnis der fünfstündigen Verhandlung angesehen werden konnte. Der Vorsitzende sah sich dann auch veranlaßt, zu verkünden, daß ein gültiger Schiedspruch nicht zustande gekommen sei.

Daß Verlauf und Ende der denkwürdigen Sitzung von den temperamentvollsten Äußerungen der beiderseitigen Vertreter begleitet waren, wird begreiflich sein, wenn man bedenkt, daß sich dieser Streit nun schon monatelang hinzieht, ohne daß jene, auf die es ankommt, nämlich die noch auf Ferien wartenden Stein- und Schotterarbeiter, in deren Genuß gekommen sind.

Erstmals beschäftigte sich das Haupttarifamt am 14. Juni dieses Jahres in seiner 98. Sitzung mit dieser Frage. Dabei ergaben sich Differenzen in der Auffassung über die Auslegung der Vertragsbestimmungen, weshalb beschlossen wurde, zunächst durch die keine Reichsarbeitsvertrags-Kommission den Willen der Vertragsparteien bei Abfassung des Vertrags festzustellen.

Hierauf tagte am 6. und 7. August d. J. die genannte Kommission. Doch auch hier standen sich die Auffassungen der Arbeiter- und Unternehmervertreter scharf gegenüber, so daß eine gemeinsame Formel nicht gefunden werden konnte. Einem von den Unternehmern beigegebenen Gutachten Dr. Meijingers standen von den Arbeiterorganisationen veranlaßte Gegengutachten der Arbeitsrechtler Bergmann, Derich und Sinzheimer gegenüber, die natürlich auf die Feststellung des ursprünglichen Vertragswillens der Parteien keinen Einfluß haben konnten. Mit den juristischen Darlegungen war jedoch keine Einmütigkeit zu erzielen, so daß die Kommission den er-

haltenen Auftrag unerledigt an das Haupttarifamt zurückgab. Ein Vergleichsvorschlag der Unternehmer lautete:

Ausfälle infolge Betriebsstilllegungen bzw. Betriebseinsparungen finden hierbei insoweit Anrechnung, daß für jeden nicht gearbeiteten Monat 175 Stunden bzw. für jede nicht gearbeitete Woche 40 Stunden auf die in Absatz 1 vorgesehenen Pflichtstunden in Anrechnung gebracht werden,

so daß also bei einem zweimonatigen Ausfall von 350 Arbeitsstunden 1750 Pflichtstunden mit 2½ statt 3 bzw. 5 statt 6 Ferientage in Anrechnung gebracht werden sollten.

Im Hinblick auf die Kürze der tariflichen Ferien, 3 und 6 Tage, und der verhältnismäßig geringen Ersparnis, die für die Betriebe bei der beabsichtigten Ferienkürzung herauspringen würde, glaubten die Vertreter der Arbeiter diesen Vorschlag nicht annehmen zu können, abgesehen davon, daß sie im guten Glauben des Rechtsanspruchs auf volle Ferien prinzipiell gegen diesen Vergleichsvorschlag waren. Hätten die Unternehmervertreter erklärt, daß sie mit Rücksicht auf die durch den langen und harten Winter bedingten Stilllegungen des letzten Jahres eine Ausnahmebehandlung der Ferien für dieses Jahr wünschten, so hätte sich ein beiderseitiges Einvernehmen erzielen lassen. Auf ihrem vertraglichen Schein bestehend, wollten sie aber nicht nur die Dauer des durch die Stilllegungen unterbrochenen Arbeitsverhältnisses, sondern auch die Leistungen des Leistungsspendums an Arbeitsstunden zur Voraussetzung der Feriengewährung machen. So stand das eine Prinzip dem andern gegenüber.

In dieser Situation zog es das Haupttarifamt in seiner gleichfalls am 7. August d. J. unter dem Vorsitz des Herrn Dr. Barkhausen stattgefundenen 99. Sitzung vor, die Entscheidung einer unter einem Unparteiischen tagenden Sitzung zu überlassen. Das negative Ergebnis dieser ist an den Anfang dieses Berichts gestellt. Die gegensätzlichen Auffassungen prasselten mit einer Schärfe aufeinander, daß unser tarifliches Schlichtungswesen, wenn nicht das ganze Vertragsverhältnis aufs schwerste erschüttert wurde. So wirkten sich die seit längerer Zeit immer unbefriedigender werdenden wirtschaftlichen Verhältnisse auch in den Verhandlungskörperschaften der Vertragsparteien immer scharfer aus, so daß zu wünschen wäre, daß mit einer baldigen Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse auch eine leichtere Verständigung der beiden aufeinander angewiesenen Vertragsparteien eintritt.

Eins mögen sich aber die Unternehmer gesagt sein lassen: daß einmal errungene Positionen von den Arbeitern auch in schlechten wirtschaftlichen Zeiten nicht preisgegeben werden können. Vorwärts immer, rückwärts nimmer!

Arbeitslosenunterstützung! Ein halbes Prozent Beitragserhöhung bringt alles aus dem Häuschen. Wenig wird die Tatsache dabei beachtet, daß in wenigen Monaten mehr als 1½ Millionen Arbeitssuchende wieder in Stellung gebracht werden konnten. Von den jetzt noch vorhandenen 900 000 Arbeitslosen sind viele Opfer einer Rationalisierung und Maschinisierung der Produktion, die, so umfassend und in wenigen Jahren durchgeführt, die Bewunderung der ganzen Welt erregt. Doch was ist das alles? Man will die Opfer einer beispiellosen Umstellung sich selbst oder der Allgemeinheit überlassen. Dabei wird wenig beachtet, daß nicht nur Produzenten, sondern auch Konsumenten, dringend notwendige Kaufkraft, ausgeschaltet wurde. Es sieht also mit dem Optimismus unserer Wirtschaftskapitäne anläßlich der endgültigen Liquidierung des Krieges wirklich nicht rosig aus. Das ist ein wenig erfreuliches, aber zugleich auch ein bezeichnendes Merkmal der Zeit.

Die Gewerkschaften versagen nicht! Es liegt hierzu auch kein Grund vor. Der deutsche Wirtschaftsapparat ist intakt. Es ist in der breiten Armee der Hand- und Kopfarbeiter ein Menschenmaterial vorhanden, das erstklassig genannt werden kann. Fehlen tut nur flüssiges Kapital. Und hier läßt sich doch wohl erhoffen, daß die erfolgte Vereinigung der internationalen Verhältnisse wieder ausländisches Kapital anzulocken vermag. Mit den ausländischen Geldern haben wir unseren Produktionsapparat ausgebaut und leistungsfähig gemacht. Es liegt kein Grund vor, diese Hilfe auch für die weiteren Uebergangsjahre nicht in Anspruch zu nehmen. Der Krieg ist nach 15jähriger Dauer beendet worden. Bringen die nächsten zehn Jahre die Fortschritte, die in den letzten fünf Jahren erreicht wurden, dann ist Deutschlands Industrie unüberwindlich. Dies aber nur, wenn eine leistungsfähige Produktionsmaschinerie mit genügender Kaufkraft untermauert ist, d. h. die massenhaft erzeugten Produkte abfließen können. Was hieran liegt, so soll es an Druck seitens der Gewerkschaften nicht fehlen.

## Natur- oder Kunstschiefer

Ueber die Verwendung des natürlichen Produktes einerseits und der des Kunststoffes andererseits (was allgemein für die Natursteinindustrie in Frage kommt. Red.) ist im Regierungsbezirk Trier ein heftiger Streit ausgebrochen, und die Interessenten halten mit ihrem mehr oder weniger sachlichen Ansichten nicht hinter dem Berge. Die Kunstschieferinteressenten rufen nach einem Verbot natürlichen Schiefers durch den Regierungspräsidenten, während die Besitzer der Schiefergruben sich bitter über mangelnde Unterstützung seitens der Behörden für eine bodenständige Industrie beklagen und den Vorwurf erheben, daß von oben herab die flachen Dächer immer mehr bevorzugt werden.

Die Kunstschieferleute bringen in ihren Ausführungen vor allem zum Ausdruck, daß dem freien Wettbewerb keine Schranke gesetzt werden dürfe, ihre Produkte seien die billigeren und mit einem Verbot des Kunstproduktes seien Tausenden von Arbeitern außerhalb des Verwendungsgebietes die Existenzmöglichkeiten er-

schwert. Dann werden die Vorzüge des Zementasbestschiefers, der nach dem Urteil des Staatlichen Materialprüfungsamtes im Dahlem ein dem Naturschiefer völlig gleichwertiges hartes Deckmaterial darstelle, hervorgehoben. Von einer Einheitslichkeit des Bedachungsmaterials in Form und Farbe sei in den verschiedenen örtlichen Bezirken keine Rede, so daß der Charakter einer bestimmten landwirtschaftlichen Gegend in keiner Weise gewahrt sei. Vor allem wird heftig Sturm gegen den Baubezernenten der Regierung in Trier gelaufen, der, gedeckt durch den Regierungspräsidenten, den Absatz des Kunstschiefers durch behördliche Maßnahmen fast ganz unterdrückt habe. Ferner würden die Schieferpreise durch das Rheinische Schieferkontor mit dem Sitz in Frankfurt, dem die rheinischen und moselländischen Schieferfirmen angehörten und dem nicht nur deutsche, sondern auch luxemburgische und belgische Gruben unterständen, genau kontrolliert. Mit anderen Worten, nicht nur die reichsdeutsche, sondern speziell auch eine ausländische Naturschieferindustrie werde auf Kosten der deutschen in den Vordergrund geschoben. Naturgemäß müßten die Preise der Auslandsprodukte die der deutschen unterbieten, ebenso wie dadurch die Lohnverhältnisse der deutschen Schieferarbeiter stark gedrückt würden infolge der Konkurrenz der ausländischen Arbeiter, zum Teil Polen, Russen, Italiener mit ihren vermindernden Lebensansprüchen. Ein Kern von Wahrheit dürfte in diesen Ausführungen der Kunstschiefervertreter liegen, wie denn auch ein Teil der Naturschieferbesitzer zugestehet.

So schreibt das Reichsgraf von Kesselstadt'sche Rentamt als Besitzerin der im Trierer Bezirk gelegenen Schiefergruben, daß sie als Anhängerin des freien Wettbewerbes sich nicht an das rheinische Schieferkontor hätte fesseln lassen und daß die Konkurrenz der ausländischen Schiefer für die einheimische Schieferindustrie der den Nagel zum Sarge bedeute, solange nicht eine anderweitige Regelung der Ein- und Ausfuhrzollgesetz Platz greife. Indessen hätten sie trotzdem ihren Arbeiterstamm im wesentlichen beibehalten können, verschlössen sich aber nicht der Ansicht, daß die rückständigen Arbeitsmethoden durch verbesserte Maschinenarbeit gefördert werden müßten. Wörtlich heißt es dann in dem Kesselstadt'schen Bericht: „Solange die heimische „bodenständige“ Schieferindustrie nicht Schritt zu halten vermag mit der modernen Abbautechnik, wird sie niemals den billigeren Auslandschiefer ausstechen können. Wer sich der fortschrittlichen Erkenntnis verschließt, darf sich nicht wundern, wenn er, wie viele Tausende Blinder in anderen Branchen, am Boden liegen bleibt.“

Der oben zitierte und in der Frage neuerdings angerufenen Stadtbaurat wendet sich gegen den Kunstschiefer wegen seiner unbeständigen, zum grau-weiß neigenden Farbe. Außerdem beinträchtigt er das Landschaftsbild. Kunstschiefer dürfe laut Verfügung des Regierungspräsidenten nur dann verwendet werden, falls er sich in Größe und Farbe dem Naturschiefer anpasse. Er bestätigt also die Vorwürfe der Kunstschieferinteressenten. Ein angesehener Kunsthistoriker tritt im großen und ganzen der Ansicht jenes Dezenten bei, ebenso die Regierung wegen des durch Kunstschiefer gestörten Straßenbildes. Das Frankfurter Schieferkontor wendet sich zunächst gegen das oben angeführte Werturteil der Staatlichen Versuchsanstalt, das in dieser Form nicht richtig sei und greift den Asbestkunsstschiefer zunächst aus dem Grunde an, weil ein wesentlicher Bestandteil, der Asbest nämlich, ausländischer

Herkunft sei und außerdem, weil die Qualität des Kunstschiefers mit der des Naturschiefers in keiner Weise zu vergleichen sei. Naturschiefer sei jedenfalls das im Trierer Bezirk bodenständige Produkt. Was den Vorwurf der Verwendung übermäßig großer Mengen ausländischer Schiefermaterials angeht, so würden jedenfalls keine 20 Prozent der Häuser mit ausländischem Schiefer gedeckt. Die Gesamtzufuhr an Schiefer nach Deutschland habe im Jahre 1928 22 326 Tonnen betragen, woran über 1 1/2 Duzend Firmen beteiligt seien, auf die das Frankfurter Kontor keinen Einfluß habe. Eine einzige in Luxemburg gelegene Grube, die nur reichsdeutsche und luxemburgische Arbeiter beschäftige, sei ihrem Konzern angeschlossen. Die ganze Aufmachung der Kunstschieferinteressenten sei äußerst tendenziös zugeschnitten.

Soweit der Streit. Aus den Ausführungen kann wohl ein jeder sich ein Bild von dem Stand der Angelegenheit machen. Jedenfalls werden die Akten über die Verwendung eines Kunstproduktes oder eines Naturstoffes, der in der Gegend, in der er vorkommt, auch gebraucht werden kann, noch nicht so schnell geschlossen sein.

Gehen wir der Vollständigkeit halber noch kurz auf die technische Seite der betreffenden Materialien ein, soweit feststehende Tatsachen vorhanden sind, an denen sich nicht rütteln läßt. Denn außer volkswirtschaftlichen Rücksichten wird stets in der Technik, also auch in der Bautechnik, die Verwendungsmöglichkeit, die Qualität und der Preis eines Materials ausschlaggebend sein. Unter Tonstiefer, Dachstiefer versteht man unter Gebirgsdruck verfestigte Tongesteine, die aus mikroskopisch kleinen Teilchen von Quarzkörnchen, Glimmerschüppchen und tonigen Stoffen zusammengesetzt sind. 50 bis 70 Prozent bestehen aus Kieselsäure. Verwandt dem in flachen Lamellen vorkommenden und nach seiner Verwendung so genannten Dachstiefer sind der Griffstiefer, Tafelstiefer und Wegstiefer. Viele deutsche Sorten von Dachstiefer haben sich durch jahrhundertelange Erhaltung bestens bewährt und sind den ausländischen zum Teil überlegen, so daß er als vorzüglicher Werkstoff für Dachbedeckung und Außenwandbekleidung bezeichnet werden muß. Seine Hauptvorkommen sind im Harz, im Lahntal, im Hunsrück südlich der Mosel, an der Mosel selbst an den verschiedensten Stellen, sowie auch an der Ruhr in Westfalen. Daneben gibt es eine Menge Auslandsvorkommen.

Die Handelszentren sind: Thüringen, Rhein, Mosel- und Ruhrgegend, Hunsrück. Ein richtiger Dachziegel ist beim Anschlag hellklingend, vorzüglich eben spaltbar. Seine Farbe ist vorwiegend dunkel, blaugrau, bis schwärzlich oder auch ins violette spielend. Die Härte ist mäßig (er ist mit dem Messer schabbar), mit zunehmender Verklebung steigt seine Güte und Härte.

Die deutsche Dachbedeckung erfolgt auf Schalung mit Schuppen von verschiedenen Größen, zum Beispiel 66/55—20/16 Zentimeter oder mit in bestimmten Mäßen gefertigten 6,5- oder rechteckigen Schablonenschieferplatten. Der deutsche 5—6 Millimeter starke Schiefer geht im Handel nach Zahl und Gewicht, unbeschrieben oder verarbeitet (etwa 32 Schuppen vom Gewicht 35 bis 38 Kilogramm/Quadratmeter Dachfläche). Seine Vorzüge sind die Leichtigkeit, seine Wasserundurchlässigkeit, leichte Bearbeitbarkeit (auch angemessene Bohrfestigkeit für Benagelung) und Dauer, letztere wenigstens bei den guten Sorten. Ein Gehalt an kohlenstoffreichem Kalk und Pyrit, die meist gemeinsam auftreten, erweist sich als nachteilig. Auch durch kohlige Beimengungen fleischwarz gefärbte Schiefer sind meistens minderwertig.

Die künstlichen Schiefer, die Abbestücksteine, werden aus Füllstoffen, wie Zement, Ton, Torf mit Abbestück und verschiedenen Bindemitteln hergestellt, oft unter starkem Druck. Abbestückstiefer, Eternitstiefer, werden aus Abbestück und Portlandstiefer als Bindemittel unter hohem hydraulischen Druck hergestellt. Der Eternitstiefer ist glatt, von weißgrauer, grünlicher oder roter Farbe. Er ist gleichfalls wasserundurchlässig, raumbeständig, schlecht wärme- und elektrizitätsleitend. Die Härte kommt fast der des Naturschiefers gleich. Dabei ist er zäh und hart, einigermäßen wetter- und feuerfest. Doch ist die Wasser- und Säurebeständigkeit des Naturschiefers die bessere. Im Preise ist er meist dem Naturstiefer überlegen, das heißt er ist billiger!

Es ist also vom rein technischen Standpunkt aus schwer zu entscheiden, welchem Produkt jeweils der Vorzug gegeben werden soll. An gleichbleibender Beständigkeit und an Schönheit ist eine gute Sorte Naturstiefer wohl vorzuziehen, zumal in solchen Gegenden, in denen er sein natürliches Vorkommen hat. Dagegen muß durch Vervollkommnung der Gewinnungsmethoden dafür gesorgt werden, daß er in der Preisgestaltung sich nicht zu teuer stellt, andernfalls wird er im Kunststiefer stets einen ernst zu nehmenden Konkurrenzrenten finden.

### Reichsmieterer Tag in Eisenach

Der Reichsbund Deutscher Mieter e. V. (Sitz Berlin) hielt am 24. und 25. August 1929 in Eisenach seine diesjährige Tagung ab. Den Vertretersitzungen waren am 21., 22. und 23. August Sitzungen des geschäftsführenden Vorstandes, des Gesamtvorstandes, des Beirates und des Schlichtungsausschusses vorangegangen. Die Thüringische Staatsregierung und die Stadt Eisenach hatten Vertreter entsandt. Außerdem waren die großen gewerkschaftlichen Organisationen, ADGB, IFA-Bund, VDb. soz. Baubetriebe, die Demog, die Sozialdemokratische Partei und der Bund Deutscher Bodenreformer vertreten.

In der geschlossenen Tagung am 24. August wurde der Geschäfts- und der Kassenbericht erstattet, an den sich eine Aussprache anschloß. Zur Vorbereitung der Beschlüßfassungen usw. wurden mehrere Ausschüsse eingesezt. Am 25. August wurde vormittags eine öffentliche Tagung abgehalten, in welcher der Bundesvorsitzende, Volkswirt RDB Dierck-Berlin, über die „Forderungen der deutschen Mieterchaft“ und der Bundesgeschäftsführer, Großhaus-Berlin, über „Das soziale Miet- und Wohnrecht“ referierten. In der darauf folgenden geschlossenen Tagung wurden die mieterpolitischen Anträge auf Grund des Beschlusses des Antragsausschusses eingehend besprochen und eine Anzahl Entschlüsse angenommen. Ferner kamen die Anträge zur Satzung und die übrigen Anträge zur Erledigung.

In der Vorstandswahl wurde der Vorstand in seiner bisherigen Zusammenfassung auf Antrag des Bundesbeirates durch Zuruf wiedergewählt. Den engeren Vorstand bilden: Dierck-Berlin, Vorsitzender, Großhaus-Berlin, Schatzmeister, IFA-Magdeburg, Schriftführer.

Der Mieterer Tag forderte, statt der Hauszinssteuer eine für das Reich einheitliche Wohnungsteuer zu schaffen. Diese ist nach dem Maßstabe der Einkommensteuer und mit dieser zu erheben und nur für den Bau von Wohnungen und zur Senkung der Neubausmieten zu verwenden.

Solange die Hauszinssteuer noch erhoben wird, ist sie restlos für die Zwecke des kommunalen und gemeinnützigen Wohnungsneubaus zu verwenden. Der Bau von Wohnungen für kinderreiche Familien ist in erster Linie zu fördern. Die Neubausmiete ist durch geeignete Maßnahmen, insbesondere durch hinreichende Hypothekengewährung aus Hauszinssteuermitteln und durch Zinszuschüsse aus öffentlichen Mitteln bis auf die Höhe der geleisteten Miete zu senken.

Weiter verlangte der Mieterer Tag die Schaffung eines Sozialen Miet- und Wohnrechtes. Dieses soll als zwingendes Recht auf der Grundlage des Mieterschutzgesetzes, des Reichsmietengesetzes, des Wohnungsmangelgesetzes und der entsprechenden Bestimmungen des BGB zu einem einheitlichen, sozialen Recht gestaltet werden, das für Alt- wie Neubauten Geltung hat. Solange das soziale Miet- und Wohnrecht nicht geschaffen ist, darf ein weiterer Abbau des Mieterschutzes nicht erfolgen. Den Ländern ist die Ermächtigung zu entziehen, weitere Forderungen durchzuführen.

Die halbige Vorlegung und Verabschiedung des Wohnheimstättengesetzes nach den Beschlüssen des Ständigen Ausschusses für Heimstättenwesen beim Reichsarbeitsministerium wurde ebenfalls für notwendig gehalten, damit die Gemeinden endlich in die Lage versetzt werden, Bodenvorratswirtschaft und eine gesunde Wohnungsbaupolitik zu betreiben.

Der vom Reichsarbeitsminister aufgestellte Entwurf von Reichsrichtlinien für das Wohnungswesen wurde als ein wichtiger Schritt zur weiteren Förderung des Wohnungsneubaus bezeichnet.

Vom Reichstag wird erwartet, daß dieser den Entwurf nach dem Beschließen eines Wohnungsausschusses annimmt, und von der Reichsregierung, daß diese mit allen Mitteln die Durchführung der Reichsrichtlinien seitens der Länder überwacht. Der Inhalt der Reichsrichtlinien soll aber durch ein Reichsgesetz für die Länderregierungen bindend werden.

Im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat sitzen seit über zehn Jahren als Vertreter der deutschen Mieterchaft zwei vom Deutschen Städtetag benannte Oberbürgermeister. Im Hinblick auf die Bedeutung der Wohnungswirtschaft für die gesamte Volkswirtschaft fordert der Mieterer Tag die Berufung eines Vertreters des Reichsbundes Deutscher Mieter als ständiges Mitglied des Reichswirtschaftsrats.

An die deutsche Mieterchaft richtete der Mieterer Tag den dringenden Aufruf, sich zur Verteidigung des stark bedrohten Mieterschutzes, zur Abwendung der unmittelbar drohenden Mieterhöbungen und zur Schaffung eines zeitgemäßen Miet- und Wohnrechtes im Reichsbund Deutscher Mieter zu einer einheitlichen Organisation zusammenzuschließen.

An die Gewerkschaften und die sozial gerichteten Organisationen richtete der Vertreter den Appell, gemeinsam mit dem Reichsbund Deutscher Mieter die zur Durchsetzung der Mieterforderungen erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Arbeitsfreudigkeit und Verantwortungsbewußtsein sowie der feste Wille, der deutschen Mieterchaft zu einem zeitgemäßen sozialen Miet- und Wohnrecht zu verhelfen, waren der Grundzug der ganzen Tagung. Dementsprechend hatte man auch am Schluß der Tagung allerseits die Genugtuung, daß nicht etwa aus Mangel an Zeit wichtige Fragen unerörtert geblieben wären, sondern daß gründliche Arbeit von dauerndem Wert geleistet worden ist.

Die Beschlüsse des Reichsmieterer Tages von Eisenach sind nicht nur Richtlinien für den Vorstand, sondern sie sind darüber hinaus ein Programm für die gesamte deutsche Mieterchaft. Der nächste Reichsmieterer Tag soll 1930 in Braunschweig stattfinden.

### Kapital und Arbeit

Als vor nunmehr achtzig Jahren Karl Marx in der „Rheinischen Zeitung“ eine Artikelserie über „Lohnarbeit und Kapital“ schrieb, konnte er nicht ahnen, daß seine Voraussetzungen in allen wesentlichen Teilen auch noch heute zutreffen werden. In der inzwischen vergangenen Zeit ist vieles geschehen, was damals noch nicht im Reime vorhanden war, und technisch und industriell haben wir einen rasenden Aufschwung hinter uns. Aber das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit ist sich gleich geblieben, eine Ausgleichung der Gegensätze, von der bürgerliche Philanthropen so gerne schwärmen, hat sich nicht vollzogen und wird sich auch in der ferneren Entwicklung nicht ergeben, da zwischen diesen beiden Polen ein Ausgleich gar nicht möglich ist. Es handelt sich hier nicht darum, zwei verschiedene Anschauungen zu vereinigen, wozu theoretisch die Möglichkeit, wenn beide nachgeben, vorhanden ist. Wirtschaftliche Gegenstände sind es, die Kapital und Arbeit trennen, und die Vertreter dieser Gegenstände sind gezwungen, mit den wirtschaftlichen Faktoren zu rechnen. Das Kapital kann nur solange existieren, wie die Lohnarbeit da ist, es lebt davon. Wenn ein Kapitalist tausend Arbeiter beschäftigt, und an jedem Arbeiter in der Stunde einen Pfennig verdient, so hat er tausend Pfennig oder zehn Mark in der Stunde. Die Arbeiter erarbeiten ihm ein Einkommen, für das er nichts zu tun braucht. Er nennt sich Unternehmer, und nach den heutigen gesellschaftlichen Anschauungen gilt er um so mehr, je mehr Arbeiter er beschäftigt, das heißt, für sich arbeiten läßt. Er könnte auch Arbeiter sein, aber da er der Besitzer von Produktionsmitteln, Werkzeugen und Maschinen ist, die sich infolge der Anschaffungskosten nicht jeder kaufen kann, so hat er es nicht nötig, für Lohn zu arbeiten.

Vor achtzig Jahren gab es noch keine Kapitalisten im heutigen Sinne. Sozial Kapital hatte sich damals noch nicht in einzelnen Händen gesammelt. Die Reichtümer sind erst in den letzten Jahrzehnten entstanden, nachdem sich immer deutlicher gezeigt hat,

### Ägyptische Steinbearbeitung und die ersten Steinbearbeitungsmaschinen

Zur Abrihtung größerer ebener Steinflächen waren, als Ersatz des Behauens aus freier Hand mit Meißel und Hammer, Maschinen mit verschiedener Konstruktion der Werkzeuge zur Anwendung gekommen: diese sind nach der Art ihrer Wirkungsweise in drei Klassen einzuteilen, nämlich in Steinhaumaschinen, Steinhobelmaschinen und Steinfräsmaschinen.

Die Steinhaumaschinen wirken mittels Schlag oder Stoß durch Meißel oder Hammer und ahmen dabei indirekterweise die Handarbeit nach.

Der Gedanke, Steine mittels einer Maschine zu behauen, scheint zuerst vom Engländer Dallas zur Ausführung gebracht worden zu sein, der im Jahre 1824 ein Patent auf eine noch ziemlich rohe Vorrichtung dieser Art nahm. Seine Steinhaumaschine bestand aus einer Art Schwanzhammer, wie solcher früher viel bei der Eisenschmiederei benutzt wurde; der Kopf dieses Steinbearbeitungswerkzeuges war mit Spitzmeißeln besetzt, durch die das von den Steinmehnen benutzte Werkzeug ersetzt werden sollte. Der zu bearbeitende Stein wurde auf eine Art Wagen gelegt, der mit der Hand oder sonst auch auf mechanische Weise unter dem auf- und niedergehenden Werkzeuge fortbewegt wurde, so daß alle Punkte der Steinfläche unter das Werkzeug kamen. Unzweifelhaft konnte auf diese Weise eine regelmäßige und halbwegs genaue Abrihtung des Steines ausgeführt werden, weil die Spitzmeißel oder Meißel durch die Art der Bewegung unvorteilhaft wirken mußten. In dem dabei keine Regulierung der Schläge vorgenommen werden konnte, so wurde die Steinfläche, ohne Rücksicht auf ihre harten oder weichen Stellen, überall mit derselben Kraft von den Schlägen getroffen, und dadurch jedenfalls eine sehr ungleichmäßige Bearbeitung herbeigeführt. Ungeachtet dieser unvorteilhaften Eigentümlichkeit dieses Prinzips ist es dennoch später wiederum in modifizierter Weise zur Anwendung gebracht worden.

Wie Karamark berichtet, wurde von Larman, Parke u. Brewster im Staat Newyork im Jahre 1832 eine Steinbearbeitungsmaschine konstruiert, die das Behauen der Steinflächen mittels Handwerkzeugen möglichst getreu dadurch nachzuahmen suchte, daß mehrere Reihen auf dem Steinblocke stehender Meißel durch darauffolgende Hämmer zur Wirkung kamen.

Eine andere Vorrichtung ähnlicher Art erfand der Franzose Dalice-Gueudin um das Jahr 1838 zum Zerschneiden der Mühsteine; es wurden hierbei viele in zwei Reihen angeordnete und einzelne in Stampfern sitzende Meißel durch die Däumlinge einer Welle gehoben, um dann frei aus einer bestimmten Höhe herabzufallen. In gleicher Weise wollte im Jahre 1844 Raimy den von ihm erfundenen Dampf-Fallhammer anwenden, indem er an dem eisernen Fallhaken eine Anzahl Meißel befestigte.

Alle diese Steinhaumaschinen bewährten sich nicht in der Praxis, weil auch im günstigsten Falle keine saubere Bearbeitung damit erzielt werden konnte; auch blieb es fraglich, ob mit deren Anwendung überhaupt ein bemerkenswerter Vorteil im Vergleich mit der Handarbeit verbunden war, indem das Behauen der Steinfläche je nach den verschiedenen Härtegraden der verschiedenen Stellen bald stärkere, bald schwächere Schläge erfordert, und ferner auch noch ein verschiedenartiges Aussehen des Meißels nötig wird, was alles nur durch den praktischen Blick und die Geschicklichkeit des Handarbeiters zur Ausführung gebracht werden kann.

Nur der geschickte Arbeiter ist imstande, an den einzelnen unebenen Stellen mit wenigen zweckmäßig geführten Schlägen größere Stücke abzusprennen, wodurch die Ausführung der Arbeit beschleunigt wird, während die Maschine so eingerichtet sein muß, daß sie überall nur kleine Teile entfernt, damit an den weicheren Stellen keine zu intensive Bearbeitung stattfindet. Hauptzweck ist die konstante rechtswinklige oder doch nahezu rechtswinklige Stellung des Werkzeuges in der Steinhaumaschine der zweckmäßigen Bearbeitung

der Steinfläche entgegen, indem die gehörige Tiefe des Eindringens der Werkzeugspitze nur durch eine dem Härtegrade des Gesteins entsprechende Richtung und Stärke des Schläges zu erreichen ist.

Um eine regelrechte Bearbeitung der Steinfläche auf maschinellem Wege zu erreichen, ist die Einrichtung zu treffen, daß die Bewegung des Meißels in einer bestimmten Bahn erfolgt, in der das Werkzeug in der Richtung der zu erzeugenden Ebene oder unter einem sehr spitzen Winkel gegen diese geführt wird, so daß die Schneide nur gegen die wegzunehmenden Teile der Steinmasse trifft und alle übrigen Punkte unberührt bleiben.

Die zweite Klasse der zur Abrihtung größerer ebener Steinflächen benutzten Vorrichtungen wird durch die Steinhobelmaschine repräsentiert, die in der Regel ähnlich den Metallhobelmaschinen konstruiert sind, oder wozu man die letzteren mit Einsetzung geeigneter Werkzeuge auch wohl direkt benutzt hat. Als eine der ersten Maschinen dieser Art wird die im Jahre 1835 von dem Schotten Hunter erfundene Steinhobelmaschine angeführt, in der ein auf Friktionswellen ruhender Schlitten oder Tisch an der unteren Seite mit ein paar hobelartigen Werkzeugen versehen war, die in der Längsrichtung über den Stein hingeführt wurden, während dieser nach der Vollendung jedes Schnittes sich um die entsprechende Distanz in der Querrichtung verschob.

Eine ganz ähnlich der Metallhobelmaschine angeordnete Steinhobelmaschine wurde im Jahre 1839 von Berri und Merian in Baden konstruiert und eine ebensolche Maschine wurde in derselben Zeit in den Tonschieferbrüchen zu Bangor in Wales zum Zerschneiden von Billardtischen, Kamineinfassungen und dergleichen benutzt. Chenot in Paris wendete im Jahre 1844 eine nach Whitworths System gebaute Eisenhobelmaschine zur Steinbearbeitung an.

Eine andere Art von Steinhobelmaschinen erfand um das Jahr 1845 Myers in London. In dieser Maschine waren 40 bis 50 Schraubmeißel an der unteren Seite eines gußeisernen Blockes befestigt, der senkrecht zur Seitenfläche des zu bearbeitenden Steinblockes bewegt wurde. Ganz anders war die von Archibald im Jahre 1852 in London gebaute Maschine konstruiert, deren Schneidwerkzeuge aus kreisförmigen, am Umfange meißelartig zugescharften Scheiben bestanden, die sich in geneigter Stellung in kreisbogenförmigen Bahnen über die Steinfläche bewegten und dabei durch ihren Angriff von selbst um die Achse rotierten, während der Stein sich in einer die Bewegung der Werkzeuge kreuzenden Richtung verschob. Dagegen arbeitete die von Holmes 1868 in Wales konstruierte Maschine mit mehreren schräggestellten Meißeln, die in kurzen Stößen schabend gegen die Steinfläche wirkten, über die sie sich gleichzeitig in derselben Richtung fortbewegten.

Bei der dritten Klasse, den Steinfräsmaschinen, haben die Werkzeuge eine rotierende Bewegung. Es sind in dieser Beziehung sehr verschiedene Konstruktionen zur Anwendung gekommen. So wurden von Milne in Edinburgh im Jahre 1829, Lancaster in Philadelphia 1832, von Hohenberg in Paris 1839, von Anderson zu Quincy im Staate Illinois 1871 und im Laufe der weiteren Zeit noch von vielen andern umlaufende, ringsum mit Meißeln oder Hobelbeisen besetzte zylindrische Walzen verwendet, unter denen der auf einem Tische oder Schlitten befestigte Stein vorüberbewegt wurde.

Statt dessen verwendete Daniell zu Liphay Stooke in Wiltshire im Jahre 1837 einen raspelartig wirkenden Zylinder, der aus freisägeartig gezahnten Scheiben bestand, oder eine glatte Walze mit Längsfurchen, in die sägeartig gezahnte Stahlschienen eingelegt wurden. Auf der Londoner Ausstellung von 1851 befand sich eine von Eastman erfundene Steinfräsmaschine, deren arbeitender Teil aus einer rasch rotierenden Trommel bestand, die ringsum mit vielen kleinen eingekerbten, einzeln um ihre Achsen rotierenden Zylindern aus Hartguß besetzt war.

Versteht man die Steinfräsmaschinen mit fassierten Messern, die eine Schweißung oder mehrere kombinierte Schweißungen an der Schneide besitzen, so erhält man eine Gefämsfräs- oder Gefäms-hobelmaschine, wie solche in verschiedenen Einrichtungen ausgeführt worden sind. (Schluß folgt.)

### Der Schelm von Schaffhausen

Zu Schaffhausen im weißen Schwan, Da steht ein fremder Geselle, Der sieht sich so lustig bewegen an Und singt so frisch und so helle. Es steht der Scherz ihm gar so gut, So knapp der Wams, so fed der Hut, Drauf nickt die Hahnenfeder.

So lockt er die Gäste. Dem Wirt ist's recht, Doch wickelt ihn die Neugier mächtig: „Wer seid Ihr, Bruder Lustig? Sprech!“ So fragt er schlaun und bedächtig. Der Fremde spricht: „Ei wie's euch brennt. Doch wenn Ihr den Teufel von Konstanz kennt, So wißt, ich bin sein Bruder.“

Rasch schlägt ein Kreuz der erschrockene Wirt, Schier fiel er auf den Rücken. Ihm wird im kalten Kopf verwirrt, Raum weiß er sich zu drücken. Den Pfarrer ruft er: „In meinem Haus Da sitzt der Satan, o treibt ihn aus! Gott loben die guten Geister!“

Der Pfarrer macht sich hastig fort, Den Bösen zu beschwören. Der Fremde list am selben Ort — „Wer seid ihr, laßt mich's hören!“ Der Bursche meint: „Nur nicht so mild, Zu Einsiedel das Wunderbild Maria ist meine Schwester.“

Der Pfaffe ruft: „Mein hohes Amt Hat nichts mit ihm zu schaffen. Der Gotteslästerer ist verdammt, Auf, laßt ihn, laßt zu gaffen!“ Sie fangen ein ihn mit Bedacht, So wird er in den Turm gebracht, Es kettet ihn der Schließer.

Der kluge Büttel forscht auf neu: „Neh't helfen keine Pfaffen!“ — „Der Bruder bin ich, meiner Treu, Des Herrgotts von Schaffhausen!“ Spricht der Gesell. — „Ihr macht's zu toll, So ruft der Schließer. — „Ha, euch soll!“ Er bringt ihn vor den Richter.

Der Richter striegelt Petrik' und Jopp, Setzt auf die Nase die Brille, Legt in den Nacken weiße den Kopf Und wichtig gebietet er Stille. Der Fall ist grad' sein Element; Er hört die Zeugen, „Nun, Delinquent, Was habt Ihr drauf zu sagen?“

Und jener spricht: „Bildhauer war Mein Vater am Rheinstrome, Er baute manchen schönen Altar Im schönen Schweizerlande: Den Teufel so Konstanz schnitzte der Mann, Maria zu Einsiedel sodann Und zu Schaffhausen den Herrgott.“

Und da mein Vater uns alle schuf, So bin ich der Bruder der Bilder — Da scholl im Kreise ein heiterer Ruf, Der strenge Richter wird milder. Und Wirt, Pfaff, Büttel erholen sich schnell: Zum Tore hinaus zieht der bunte Gesell, Wer weiß, wo er geblieben! Wolfgang Müller von Königswinter (1816—1873).

daß die Konzentration eine notwendige Entwicklungsstufe des Kapitalismus ist. Der Familienbetrieb geht nach und nach ein, im Handwerk wird er sich noch halten, und an seiner Stelle entstehen die großen Gesellschaften. Das Bestimmungsrecht der Aktionäre ist heute schon sehr weit vorgeschritten. Die Entwicklung läuft auf keinen Ausgleich der Gegensätze, sondern auf eine weitere Verschärfung hinaus. Es braucht dies nicht so zu scheinen, daß das Proletariat immer mehr verarmt. Bei einer starken Gewerkschaftsbewegung wird dies nicht eintreten, da sie das zu verhindern weiß. Aber größer und größer wird die Armee der Besitzlosen, das Heer der Lohnarbeiter, die nichts weiter zu verkaufen haben, als ihre Arbeitskraft. Sehr deutlich zeigt sich das heute an der Größe der Produktionsstätten, wo in Riesenbetrieben eine große Zahl Lohnarbeiter beschäftigt ist.

### Das Kapital wäre nichts ohne die Arbeit! Die Arbeit ist die Grundlage der Gesellschaft!

Was erreicht wurde im Laufe der Jahrzehnte und Jahrhunderte, der Aufstieg aus einer primitiven Unkultur, ist vermittels der Arbeit geschehen. Der Bau von Eisenbahnen, Maschinen, Bauten, Straßen, Schiffe und hochwertige Werkzeuge ist das Produkt unzähliger Hände und emsiger Forscherarbeit. Das Kapital hat die Geschäfte damit gemacht, es hat „verdient“, indem es die Produkte als Ware verkauft hat.

Karl Marx hat auseinandergesetzt, daß, wenn es einem Unternehmer gelingt, durch die Verbesserung der Maschinen an einem Tage mehr Waren herzustellen als der Konkurrent an zwei Tagen herzustellen in der Lage ist, die Möglichkeit für den mit besseren Maschinen arbeitenden Kapitalisten da ist, die Arbeitszeit um die Hälfte zu verkürzen. Aber das geschieht nicht, der Kapitalist weist solche Vorschläge weit von sich. Und warum? Er will verdienen, Profite einziehen, er will Geschäfte machen, und deshalb interessiert es ihn nicht, was der andere Kapitalist macht, der mit seinen alten Maschinen nur die Hälfte der Waren herstellen kann. Es liegt im Wesen des Kapitalismus, den Konkurrenten zu schlagen, zu unterdrücken, ihn zu verdrängen. Deshalb läßt die kapitalistische Produktionsmethode auch den Unternehmer nicht zur Ruhe kommen. In der Natur der Dinge liegt es, daß bei der heutigen schnellen Entwicklung der Technik die Einführung neuer Maschinen dauernd im Fluß ist. Wer hier nicht mithalten kann, muß untergehen, macht Bankrott.

Die immer größer werdende Teilung der Arbeit, die Karl Marx voraussagte, ist inzwischen zur Wirklichkeit geworden. Die stärkere Anwendung der Maschine hat diese Teilung möglich gemacht. Das Bandsystem ist ja ein Beweis dafür, in welcher Richtung diese Teilung noch weiter möglich ist. Dadurch ist auch die Vermehrung der Produktion eingetreten, und was notwendig darauf folgen müßte, wäre der stärkere Verbrauch an Waren. Hierum geht der Kampf, der jetzt geführt wird. Die Gewerkschaften fordern höhere Löhne und Gehälter, damit die Arbeiterkraft in der Lage ist, viele Waren zu kaufen und zu verbrauchen. Je mehr verbraucht wird, desto mehr kann produziert werden und die fortlaufende Verbesserung der Maschinenteknik hat die Vermehrung der Produktion zur Folge, ohne daß eine Verlängerung der Arbeitszeit notwendig wird.

Zu der Zeit, als die eingangs erwähnte Artikelserie von Karl Marx entstand, gab es noch keine Gewerkschaftsbewegung. Die Folgen der Umgestaltung der Produktion haben sich nicht so ausgewirkt, wie Marx angenommen hat, denn die Gewerkschaften haben dem rückwärtsgehenden Profitsturz entgegengeleitet. Die Zusammenfassung der Arbeiter und Angestellten in großen Organisationen hat es verhindert, daß sich die Profitsucht schrankenlos ausbreiten konnte. Aber es ist nicht abzusehen, was geschehen wäre, wenn die Organisation der Arbeiter nicht stattgefunden hätte. Das Schlimmste ist abgewendet worden, dank der Organisation. E.N.

## Wichtige Entscheidung über die Krankenpflege in der Krankenversicherung

Nach der allgemeinen Rechtsauffassung in der Krankenversicherung darf ein Versicherter, der von der Kasse Krankengeld bezieht, ohne Erlaubnis der Krankenkasse denassenbezirk verlassen. Tut er dies doch, dann kann ihm die Kasse die weitere Gewährung von Krankenpflege (ärztliche Hilfe und Arznei) verweigern. Die meisten Krankenkassen haben eine derartige Bestimmung auch in ihre Satzung oder Krankenordnung aufgenommen. Auch die Rechtsprechung billigt dieses Vorgehen. So sagt eine Entscheidung des Reichsversicherungsamtes: „Verläßt der Versicherte den Kassenbezirk während der Erkrankung, so verliert er den Anspruch auf Krankenpflege.“ Dieser Rechtsgrundsatz ist auch von der Mehrzahl der Kassen bisher stets angewendet worden. Wie die täglichen Beispiele aus der Praxis zeigen, wird diese teilweise Leistungssperre auch heute noch von den Kassen durchgeführt. Für einen großen Teil der Versicherten entstehen hierdurch schwere Nachteile. Man denke nur an den Fall, wenn ein junger Mann, der auswärts in Stellung ist, erkrankt. Er hat dann natürlich bei seiner Witze oder in seiner Schlafstube nicht die nötige Pflege. Fährt er dann ohne Erlaubnis der Kasse zu seinen Eltern, dann kann und wird ihm die Kasse alle ärztliche Hilfe und Arznei sperren. Er muß sich also zuerst die Erlaubnis der Kasse holen. Wird diese verweigert — was auch vorkommen soll —, dann muß der Kranke entweder in seiner Schlafstube ohne irgendwelche Pflege bleiben oder zu seinen Eltern fahren und dadurch auf einen Teil der ihm zustehenden Kassenleistungen verzichten. Die Aufsichtsbehörde hat nun selbst eingesehen, daß durch die strikte und schematische Anwendung dieses Rechtsgrundsatzes Härten entstehen, die nicht im Sinne der Krankenversicherung liegen. Das Reichsversicherungsamt hat unter dem 24. November 1928 folgende Entscheidung gefällt:

„Ein erkrankter Versicherter kann die Gewährung der Krankenpflege (Arzt und Arznei) am Wohnort seiner Eltern verlangen, wenn dieser dieser nach den Umständen des Einzelfalles, insbesondere im Hinblick auf die geringe Entfernung vom Wohnort des Versicherten und im Hinblick auf angemessene Pflege und Wartung als der natürliche Aufenthaltsort anzusehen ist.“

Hierdurch wird den Kassen indirekt zu verstehen gegeben, die Sperrung von Leistungen nicht bürokratisch vorzunehmen, sondern die Sachlage von Fall zu Fall eingehend zu prüfen. Allen Versicherten, denen die Kasse in dieser Beziehung irgendwelche Schwierigkeiten macht, müssen sich gegebenenfalls unter Hinweis auf die oben wiedergegebene Entscheidung an das zuständige Versicherungsamt beschwerdeführend wenden. Kl.—s.

## Der Versicherungsvertrag — ein Beispiel kapitalistischer Wirtschaftsführung

Der zweitgrößte Versicherungskonzern Deutschlands, die Frankfurter Allgemeine Versicherungs-A.G., ist im 65. Jahre ihres Bestehens zusammengebrochen. Das ist der größte Krach seit dem Zusammenbruch des Stinnes-Konzerns. Die Ursache dieses Falles liegt weniger im Versicherungsgeschäft, sondern in den Nebengeschäften, die mit der eigentlichen Aufgabe der Gesellschaft nichts zu tun hatten. Es wurden Finanzgesellschaften errichtet bzw. erworben und Engagements in der Abhängigkeitsverwaltung durch spezielle Gesellschaften eingegangen. Dies konnte geschehen, ohne daß der aus 16 Mann bestehende Aufsichtsrat, in welchem 10 maßgebende Banken vertreten waren, davon etwas merkte oder das Reichsversicherungsamt gegen derartige Geschäfte Einspruch erhob. Die Institution des Aufsichtsrats als Kontrollinstanz erhält dadurch eine eigentümliche Illustration. Es wird dadurch bewiesen, daß die Direktion eines Unternehmens tun und lassen kann was sie will, wenn sie das blinde Vertrauen der Aufsichtsratsinstanzen genießt. In einem eigentümlichen Lichte erscheint das Reichsaufsichtsamt. Dies erklärt, erst durch die Pressemeldungen Kenntnis von den

Schwierigkeiten bei der obigen Versicherungsgesellschaft erhalten zu haben. Es dürfte an der Zeit sein, die Tätigkeit dieser Behörde einer gründlichen Untersuchung zu unterziehen und die verantwortlichen Personen ohne Pension zum Teufel zu jagen. Das Ganze ist eine treffende Kennzeichnung privater kapitalistischer Wirtschaftsführung. Recht treffend urteilt die „Frankfurter Zeitung“ in ihrer Nr. 627 über diesen Fall folgendermaßen:

„Hier hat sich das Empörende begeben, daß selbst die sehr hohen Einkommen, die die Privatwirtschaft ihren Gliedern gewährt (soweit sie nämlich auf der Sonnenseite wandeln und nicht in der anonymen Millionenmasse der anonymen Angestellten stecken bleiben), den Empfängern noch nicht hoch genug erschienen. So haben sie großmännlich die Geschäfte gegen die Regel und zum Teil gegen das Gesetz immer weiter ausgedehnt, erst leichtfertig, dann offenbar mit entsprechenden Täuschungsmanövern, die das verschleierte. Verluste von Millionen auf Kosten der Aktionäre, deren Geld ihnen anvertraut war, sind die Folgen, während sie selbst sich nicht nur die Finger, sondern die ganzen Arme dabei vergoldeten. Der Aufsichtsrat aber — zehn Banken waren in ihm vertreten! — hat nichts gemerkt, hat alles geschlafen lassen. Das Resultat ist: ein großes Unternehmen wurde ruiniert; Vertrauensvolle, die ihm ihre Ersparnisse hingaben, sind schwer geschädigt; geschädigt oder von Schaden bedroht, sind die Gläubiger, unter denen sich in großem Umfange auch gerade ausländische, vor allem Schweizer Banken, befinden; und geschädigt ist damit das Ansehen der deutschen Wirtschaftsführung, ist der deutsche Kredit draußen und daheim.“

Man stelle sich einmal vor, welchen Sturm der Entrüstung es entfacht hätte, wenn eine solche Luderwirtschaft bei der „Volkswirtschaft“ oder einem Unternehmen der Konsumgenossenschaft eingetreten wäre. Die ganze Meute der kapitalistischen Pressezeugnisse würde aufschreien. Aber so sucht man alles zu bemänteln und die Personen, die sich dabei nicht nur „die Finger, sondern auch die ganzen Arme vergoldeten“, laufen nach wie vor frei herum. Der ganze Vorfall zeigt, daß es faul ist im Bereiche der kapitalistischen Wirtschaft und die bevorstehende Aktienreform Gelegenheit geben sollte, recht gründlich die bestehenden Bestimmungen nach der Richtung einer öffentlichen Kontrolle umzugestalten.

## Welche Aufgaben hat u. a. die gesetzliche Betriebsvertretung in der Natursteinindustrie und im Steinstraßenbau?

Der Absatz 8 im § 66 des Betriebsrätegesetzes sagt darüber: „... auf die Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren in Betrieben zu achten, — die Gewerbe-Aufsichtsbeamten und die sonstigen in Betracht kommenden Stellen bei dieser Bekämpfung durch Anregungen, Beratung und Auskunft zu unterstützen, — sowie auf die Durchführung der gewerbepolizeilichen Bestimmungen und der Unfallverhütungsvorschriften hinzuwirken.“

Diese Tätigkeit eines Betriebsrates oder Betriebsobmannes in den Betrieben der Steingewinnung und der Steinbearbeitung und im Steinstraßenbau energisch wahrzunehmen, vermindert die unheilvollen Folgen der Verunsicherungen.



AUS DEN ZAHLSTELLEN FÜR DIE ZAHLSTELLEN

### Gesperzt:

2. Gau: Breslau ist von Marmor- und Schleifern zu meiden, da nach dem Streik noch nicht alle wieder eingestellt sind.

4. Gau: Wegen Nichtabführens der Wohlfahrtsbeiträge sind folgende Steinfirmen im Innungsbezirk Gera nach wie vor gesperrt: Kurt Bohlmann, Meuselwitz; Albin Müller, Gölitz bei Girschberg; Kurt Neupert, Greiz; Richard Fischer, Zeulenroda.

5. Gau: In Altenbochum der Betrieb Schulte-Bels wegen Lohndifferenzen.

### Streik:

5. Gau: In Hildesheim bei der Firma Schneidewind. Die Streikenden sind alle anderweitig untergebracht worden. — In Essen streiken die Kollegen der „Scharrierbranche“. Außer Steinmetzen bleiben auch Marmorhauer und -schleifer vom Ort fern, weil vom letzten Streik noch Arbeitslose vorhanden sind.

Zur Beachtung: Von Sperren usw. muß der Redaktion mindestens im Zwischenraum von 2 Wochen kurze Mitteilung gehen, sonst unterbleibt die weitere Bekanntmachung.

An die reisenden und arbeitssuchenden Kollegen! Es mehren sich die Beschwerden der Zahlstellenleitungen, daß vor Arbeitsaufnahme ganz selten nur Erkundigungen beim Zahlstellenvorkand eingezogen werden, wodurch ganz unliebsame Vorkommnisse entstehen zum Schaden der einzelnen Kollegen und des Verbandes. Wir verweisen auf die früheren Veröffentlichungen über die Erkundigungspflicht und auf die eventuellen Folgen bei Unterlassung. — Andererseits besteht aber auch die Pflicht, den arbeitslosen, reisenden Kollegen in jeder Hinsicht beihilflich zu sein, damit sie von der Landstraße und in ein Arbeitsverhältnis kommen. Das gilt natürlich für alle arbeitslosen Kollegen!

Unser Verbands-Taschenkalender für 1930 ist bereits verhandelt, zu umgehenden Bestellungen werden die Zahlstellen und Einzelmitglieder aufgefordert. Preis 1 Mark pro Stück wie bisher, einschließlich Porto.

Dem Taschenkalender, der jetzt im 5. Jahrgang erscheint, ist diesmal ein kleines geheftetes Taschenbuch gesondert beigegeben mit dem Titel: „Führer durch das Arbeitsrecht“. Zu jedem Kalender gehört eine solche Beigabe, die allein nicht abgegeben wird. Dieser Führer ermöglicht beim arbeitsgerichtlichen Verfahren die höchststrichrichtigen Entscheidungen schnell und sicher heranzuziehen. Ein Vorteil, der gewiß allseitig Zustimmung findet.

Im übrigen zeichnet sich unser Verbandskalender wiederum aus durch seinen sonstigen informativsten Inhalt und seine drucktechnische Ausstattung.

Die Anschaffung ist jedem Verbandsmitgliede zu empfehlen.

Die Auflage ist allerdings sehr beschränkt. Ein Nachdruck findet nicht statt! Deshalb möglichst bald die Bestellbestellungen vom Ort ausgeben, denn wer zuerst bestellt, wird auch zuerst bedient. Jeder Verbandsfunktionär muß schon einen solchen Kalender besitzen, und wenn Zahlstellen auf Kosten der Lokalkasse je ein Exemplar an ihre immer rührigen Funktionäre abgeben, wäre das sicher im Organisationsinteresse gutzuheißen.

Amerika, die Zufluchtsstätte der deutschen Steinbildhauer. Am 3. Juli 1929 starb in Brooklyn unser langjähriger Kollege, der Steinbildhauer Louis Weyer, nachdem er mit Familie erst vor 1 1/2 Jahren ausgewandert war. Kollege Weyer war erst in Hannover lange anständig, dann in Hamburg, von wo er 1926 zur Bildhauerberatung nach Leipzig beordert wurde und auch als Delegierter der Bildhauer zum Frankfurter Verbandstag zur Wahl gestellt

war. Die öftere und lange Arbeitslosigkeit und die absolute Aussichtslosigkeit in Hamburg im Beruf noch eine Existenz zu finden, zwangen ihn, wie vor ihm viele andere Kollegen, nach Amerika auszuwandern. Viele Namen von Steinbildhauerkollegen könnten aufgezählt werden aus der älteren Generation, die in den Jahren um die Jahrhundertwende und Pionierarbeit im Zentralverband der Bildhauer Deutschlands geleistet haben und ausgewandert sind. Die Leistung in der Heimat galt vornehmlich um die Verkürzung der Arbeitszeit von 8 auf 7 Stunden, galt Erhöhung des Minimallohnes und Abschaffung der Affordarbeit, galt der Einführung von Arbeiterzuschüssen und sanitären Einrichtungen auf den Arbeitsstellen und anderes mehr. Diese ließen es sich aber auch anlegen sein, wie es in jener Zeit üblich war, über die Ausführung der beruflichen Arbeiten zu wachen und zu diskutieren. Diese alten Kämpfe in beträchtlicher Anzahl, aus allen größeren Städten Deutschlands, haben in der neuen Welt nicht das vorgefunden, wofür sie sich hier eingekauft haben. Die Arbeitsweise ist drüben, wie früher hier, widester Afford. Die Gerichte werden meist selbst fertig; die Kleider hängt man neben seinem Arbeitsplatz an einen Nagel. Ueber dem Kopfe des Bildhauers werden die Bauten weiter hochgeführt ohne Schutgerüst. Die Arbeitskräfte werden entlassen und eingestellt ohne Begründung. Auch gewerkschaftlich sind drüben eigenartige Zustände vorhanden; 50 Dollar müssen beim Eintritt bezahlt werden, wenn man schon irgendwo Mitglied gewesen ist und 75 Dollar wenn man nicht organisiert war. Soziale Einrichtungen, wie Ortskrankenkassen usw. gibt es nicht! Kollege Weyer war Anfang dieses Jahres an Gichtserkrankung erkrankt und mußte 8 Wochen der Arbeit fernbleiben, hatte einen wöchentlichen Entgang an Arbeitsverdienst von 77 Dollar. Der Arzt kostete ihm für diese Krankheitsdauer 200 Dollar, die Apotheke 100 Dollar und war dann nach seiner Wiederherstellung arbeitslos. Das sind durchaus keine erfreulichen Tatsachen, die die bejahrten deutschen Kollegen am meisten bedrücken und deren Opfer sie werden. Gar mancher unserer Steinbildhauer ist dort drüben lang- und kranklos gestorben. Dem Kollegen Weyer wollen wir ein ehrendes Andenken bewahren. Aber auch die vielen jungen Steinbildhauer, die in großer Zahl in den letzten 5 Jahren nach Amerika ausgewandert sind, werden diese Zustände nicht preisen, ihre stille Hoffnung wird sicherlich sein, eine gewisse Zeitdauer den Zuständen zu trotzen, um als „gemachter Mann“ wieder zurück in die Heimat zu kommen.

St. Winzheimer, Würzburg.

Pasewalk. Am 25. August tagte hier eine gemeinsame Konferenz der Tarifbezirke Stettin und Vorpommern-Rügen. Anwesend waren die Gauleiter Taege und Gökemeyer und 30 Delegierte aus den Tarifbezirken. Die Versammlung leitete Gauleiter Taege. Als Schriftführer fungierte Kollege Leesig, Greifswald. Auf der Tagesordnung stand: 1. Stellungnahme zum Abschluß des Steinlagertarifvertrages; 2. Die Tarifverhältnisse im Steinlegergewerbe für die Regierungsbezirke Stettin und Stralsund. Kollege Taege wies in seiner Einleitung darauf hin, daß beide Tarifbezirke an dem Abschluß für Steinlagearbeiten franten. Im Regierungsbezirk Stettin sind die Affordsätze für Steinlagearbeiten nicht tariflich geregelt. Es hätte sich jetzt ein neuer Arbeitgeberverband im pommerischen Landstreifen gebildet. An dessen Spitze steht Herr Baumeister Tapp, Bergen, und ein Herr von Gilsa, Demmin, als Vorsitzender. Man müßte deshalb einen Steinlagertarifvertrag für alle Kreis- und Bauverwaltungen festlegen. Kollege Gökemeyer meinte: Der Steinlagertarif für Vorpommern sehe bis jetzt nur auf dem Papier. In Mecklenburg beständen diese Schwierigkeiten nicht. Außerdem mache der Tiefbauverband Schwierigkeiten beim Reichsarbeitsministerium, indem er bei der Beantragung der Allgemeinverbindlichkeit Einspruch erhoben hätte. Der Tiefbauverband gehe darauf hinaus, die bisher gepflogenen tariflich festgesetzten Affordsätze zu senken. Derselbe kann aber als Tarifkontrahent nicht in Frage kommen, weil nur 25 Prozent der Steinlagertarife bei solchen Firmen beschäftigt sind. Es müßte aber in allen Fällen ein gemeinsames Tarifverhältnis für alle Behörden und Arbeitgeber geschlossen werden. Nach einer sehr anregenden und gründlichen Diskussion wurden folgende Beschlüsse gefaßt: 1. Die Verhandlungen mit dem neuen Arbeitgeberverband sollen aufgenommen werden. 2. Alle bisher gefaßten Affordsätze sofort den Gauleitungen sowie den Ausschußmitgliedern der Kreise mitteilen. Ueber den zweiten Punkt der Tagesordnung referierte Gauleiter Gökemeyer. Es wurde auf Grund der gemeinsamen Aussprache festgestellt, daß besonders in Vorpommern im Afford und Prämiensystem gearbeitet wird, worunter die Qualität des Pflasters zu leiden hätte, ein Krebschaden für unseren Beruf. Zu bewundern ist, daß sich dies die Baubehörden gefallen ließen. Da der Tarifvertrag diese Arbeitsmethoden unterlag, muß mit allen Mitteln gegen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vorgegangen werden, da beide Teile Tarifkontrahent sind und somit Tarifbruch treiben. Dieses Gebaren wurde auch von den anwesenden Kollegen scharf verurteilt und die Gauleitung beauftragt, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln einzuschreiten. Nach weiteren kleinen Erledigungen wurde die Unterbezirkskonferenz durch Kollegen

Lauterbach. Die am 25. August in Altenglantagende außerordentliche Konferenz des Bezirks Rammelsbach hatte folgende Tagesordnung zu erledigen: 1. Stellungnahme zu dem Abstimmungsresultat bei der Wiederwahl des Bezirksleiters auf der Konferenz am 7. Juli zu Kaiserslautern. 2. Stellungnahme zu den Anträgen der Zahlstelle Haschbach in bezug auf die Bezirksumlagen und Abhaltung von Versammlungen durch den Bezirksleiter Kollegen Gras. 3. Bericht des Vertreters waren von 19 Zahlstellen 16 Delegierte und eine Anzahl Kollegen als Gäste, Gauleiter Kollege Sarfert, und vom Zentralvorstand war Kollege Waltherr anwesend. Bei Eröffnung der Konferenz ging Kollege Sarfert auf die Ursachen ein, die eine zweite Konferenz notwendig machten. Die fortgesetzten Klagen während der 10jährigen Tätigkeit des Bezirksleiters und das Abstimmungsresultat der letzten Konferenz ist Veranlassung der heutigen. Der Verband sei über die Person zu stellen, was immer erster Grundplatz bleiben muß. Nach der Wahl des Viro, aus der Kollege Sarfert als 1. Vorsitzender und Ludwig Jauß als zweiter und Dreyer als Schriftführer hervorging, wurde der erste Punkt der Tagesordnung behandelt. An der Aussprache beteiligten sich Deder, Haschbach, Zimmer, Schwarzerden, Hornung, Lauterbach, Blinn, Rammelsbach, Waltherr, Sarfert, Groß, Mühlbach, Schmidt, Haschbach. Die Diskussion zog sich von 10 bis 16 Uhr hin. Mit 12 gegen 8 Stimmen wurde Gras wiedergewählt. Kollege Waltherr gab nach der Abstimmung unzweideutig zu verstehen, daß bei den geringsten Klagen, die wieder auftreten, unweigerlich die Entlassung folgt, denn der Verband brauche ganze Menschen, um die Interessen der Kollegen zu wahren. Damit war der erste Punkt der Tagesordnung erledigt. In Punkt 2 wurden die Anträge der Zahlstelle Haschbach einstimmig angenommen. In Punkt 3 gab Kollege Waltherr kurze Aufklärung über die Verhandlungen in Mannheim über die Urlaubsfrage und Kollege Sarfert verbreitete sich über die Tarifrechtslehre. Weiter gab Sarfert Aufklärung über die Verbindlichkeitserklärung des Bezirkslohntarifes der Schotter- und Pflasterarbeiter in der Pfalz. Er sprach dann noch über den § 13 der Scheidungs- und Schlichtungsordnung. Damit hatte die Konferenz ihr Ende erreicht.

Loth. Die Steinläger des Kreises Grimmen hatten am Sonntag, dem 1. September 1929, eine Versammlung einberufen zur Gründung einer Zahlstelle. Als Versammlungsleiter hatten wir den Kollegen Kinow aus Stralsund eingeladen. Zur Tagesordnung stand: 1. Bericht über die Bezirkskonferenz vom 25. August in Pasewalk, über die Kollege Kinow eingehend Bericht erstattete. 2. Gewerkschaftliches. 3. Wahl des Vorstandes. Gewählt wurden: Als erster Vorsitzender Wilhelm Seidel, als zweiter Vorsitzender Johannes Droschinski, Kassierer Johannes Droschinski, Schriftführer Hermann Schmidt, Revisoren August Bräsel und Rudolf Droschinski.

„Youngplan und Arbeiterschaft“ heißt eine Abhandlung in der deutschen „Straßenbauer-Zeitschrift“ vom Syndikus Dr. Gaede in der Nummer 17 vom 1. September 1929. — Der Verfasser plädiert darin für die unbedingte Ablehnung und meint an einer Stelle seines Artikels:

„Der deutsche Arbeiter braucht wahrlich kein Nationalist zu sein, wenn er wenigstens sein Hemd auf dem Leibe behalten will und deswegen dem Young-Tributplan als unmöglich zu erfüllen, als unehrlich und unsittlich ablehnt.“

Die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung des Tributplanes muß, müßte, aus der Parteipolitik bewußt herausgenommen werden.“

Es ist eine alte Erfahrung, daß gewisse Volkswirte — wie der Syndikus Dr. Gaede sich übrigens selbst nennt — bei solchen wichtigen politischen Entscheidungen immer die „Parteipolitik“ entdeden und zwar nur bei der Arbeiterschaft. Selbständige Politiker der Arbeiter, also ohne Bevormundung von Syndikus und bürgerlichen Volkswirten, ist dann immer — Parteipolitik. Beim Youngplan stehen gewiß sehr, sehr wichtige Interessen auf dem Spiel, aber diesen Vorgang so zu beurteilen und so erledigen, wie Dr. Gaede es wünscht, wäre zweifellos eine Dr. Eisenbart-Kur, für die die Arbeiter durchaus kein Verständnis befanden; schon deshalb nicht, weil die Folgen dieser Ablehnung zuerst auf ihren Rücken ausgetragen würde.

Nun glaubt der Verfasser auch den „Steinarbeiter“ apostrophieren zu müssen, weil dieser über den Youngplan und „Unternehmerpläne auf Beseitigung der Arbeitslosenversicherung“ eine andere Meinung hat wie er. Wir werden in der Sozialpolitik wie in der Politik schlechthin, durchweg immer mit anderen Argumenten operieren und von anderen Voraussetzungen ausgehen, wie Herr Dr. Gaede. Da ist nichts gegen zu machen; zu wünschen ist nur, daß er die Abhandlungen im „Steinarbeiter“ möglichst richtig liest und wenn er diese dann von der „Höheren Warte“ eines Syndikus und Volkswirtes kritisch beleuchtet, kann der „Steinarbeiter“ vielleicht noch etwas davon lernen, um zur Rettung Deutschlands einen bescheidenen Teil beizutragen. In Verbindung mit der Aussprache über das „Ergebnis vom Haag“, tauchen, wie immer bei solchen Fragen, Retter auf, um die „Schmach“ von Deutschland abzuwenden. Herr Dr. Gaede fühlt sich ebenfalls dazu berufen, ob geeignet, steht allerdings auf einem anderen Blatt.

Wirtschaftspolitische Studienreise Berlin vom 6. bis 16. Oktober. Berlin in wirtschaftlichem und sozialem Querschnitt und Berlin als Siedlungsgebiet, als größte menschliche Zusammenballung auf dem europäischen Festland zu veranschaulichen, das ist der Zweck der Studienreise, die der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit in der zweiten Oktoberwoche (8. bis 16. Oktober) veranstaltet. Nach der mit gutem Erfolg durchgeführten Junireise ins Ruhrgebiet soll nunmehr das größte Wirtschaftszentrum des Reiches in Augenschein genommen werden. Die Reichshauptstadt soll im wesentlichen von drei Gesichtspunkten aus erörtert werden: als Industriestandort, als Handels- und Verkehrszentrum und schließlich vom Standpunkt der Kommunalwirtschaft. Die Reise ist als eine Arbeitsgemeinschaft gedacht; den Teilnehmern soll Gelegenheit gegeben werden, das Gesehene, Gehörte und Erlebte in gemeinschaftlichen Ausprachen, die durch Vorträge eingeleitet werden, zu vertiefen. Besondere Bedeutung erlangt diese Studienreise angesichts der am 17. November für ganz Preußen angeordneten Kommunalwahlen. Jeder sozialistische Kommunalpolitiker und darüber hinaus jeder denkende Sozialist wird hier Gelegenheit haben, einmal aus eigener Erfahrung die gewaltigen Leistungen der Berliner Stadtverwaltung, an denen die Sozialdemokratie hervorragend beteiligt ist, kennen zu lernen. Das Reiseprogramm muß notwendigerweise aus Rücksicht auf Zeit auf das Wesentlichste beschränkt werden. So wird die Berliner Kommunalwirtschaft vor allem vom Standpunkte des Wirtschaftspolitikers studiert werden. Hier soll vor allem das große Verkehrsproblem der Weltstadt beleuchtet, sowie die übrigen wirtschaftlichen Unternehmungen der Stadt besichtigt werden. Auch die städtischen Siedlungen und Güter werden besucht. An einzelnen Besichtigungen sind u. a. vorgezogen: Großkraftwerk Klingenberg, Konjunktionsgesellschaft Warenhaus, das neue Warenhaus Karstadt, AEG, Borsig, ein Automobilbetrieb, das neue Riesentüchhaus am Osthafen, eine Motorbootrundfahrt durch den Westhafen, Flugplatz Tempelhof (bei gutem Wetter Rundflug über Berlin), daneben die zentralen Einrichtungen der Arbeiterbewegung. — Die Leitung der Studienreise hat Dr. Bienenstok übernommen. — Ausführliche Prospekte und Teilnahmebedingungen sind beim Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SP. 68, Lindenstraße 3, I, Hof III zu haben.

Die Arbeitslosigkeit steigt wieder. In der ersten Hälfte des Monats August war zum erstenmal seit der Besserung des Arbeitsmarktes im Frühjahr eine Wiederanstieg der Arbeitslosigkeit zu bemerken. Die Hauptunterstützungsempfänger stiegen um 5400 auf rund 716 000. Die Verschlechterung macht insgesamt 0,8 v. H. aus. Gestiegen sind nur die männlichen, während die weiblichen Unterstützungsempfänger weiter zurückgegangen sind. In der ersten unterstützung befanden sich am 15. August 154 300 Personen. Auch in der zweiten Hälfte des Monats August hat sich die leichte Verschlechterung fortgesetzt.

Wandlungen im Verbrauch. Nach der Statistik der Warenhausumsätze war eine Zunahme der Umsätze gegenüber dem Vorjahre im Juni in der Abteilung Lebensmittel mit 9,9 v. H. und bei Damenwäsche um 9,4 v. H. zu verzeichnen. Dagegen ging die Damen- und Mädchenkonfektion um rund 10 v. H. zurück. Baumwollwaren hatten sogar einen Umsatzzugang von 27,8 v. H. zu verzeichnen. In Hausrat und Möbeln war ebenfalls eine Zunahme zu verzeichnen. Im ersten Halbjahr 1929 lagen die Warenhausumsätze insgesamt um 1 v. H. höher als im Vorjahre. Die stärkste Steigerung mit 22 v. H. war bei Lebensmitteln zu verzeichnen.

„Die billige und schöne Wohnung.“ Eine Ausstellung für das tägliche Leben hat das Bezirksamt Friedrichshain der Stadt Berlin in der Schule in der Straßmannstraße 6 aufgemacht. Sie betitelt sich „die billige und schöne Wohnung“. Der Leiter ist der bekannte Professor Spannagel. Wie der Bürgermeister Melich in einer Ansprache an die Pressevertreter hervorhob, ist der Bezirk Friedrichshain der dichtbesiedelste Bezirk Berlins. Der sozialen Gliederung seiner Bevölkerung entsprechend, finden wir fast ausschließlich nur Mietstafelnen. 104 497 Wohnungen bestehen aus 277 056 Wohnräumen einschließlich der Küche. Die Zahl der Kleinwohnungen ist demnach sehr groß. Allein 89 429 Wohnungen = 85,5 v. H. verfügen nur über einen Wohnraum von 1—3 Räumen einschließlich Küche. Wohnungen von 6 und mehr Räumen sind nur 1949 = 1,8 v. H. vorhanden. Von dieser Tatsache ausgehend, versucht das betreffende Bezirksamt der schaffenden Bevölkerung den Weg zu weisen, wie sie aus ihren engen Wohnräumen behaglichere machen könne. Die Ausstellung zeigt wirkliche Qualitätswaren bei billigen Preisen. Die Konsum-Genossenschaft Berlin ist mit besonders guten Möbeln vertreten. Die können trotz der billigen Preise auf Abzahlung erworben werden. Der Versuch des Bezirksamts Friedrichshain, der Bevölkerung in dem Streben nach einem freundlichen Heim helfend an die Seite zu gehen, verdient weiteste Anerkennung. Die Berliner Arbeiterschaft und namentlich die Frauen sollten die bis zum 20. September kostenlos geöffnete Ausstellung in Massen besuchen. Sie werden dort Anregungen finden, wie man bei günstiger Preisstellung zu einer stilvollen Einrichtung bei bequemen Zahlungen kommen kann.

Immer die alte Geschichte. Die Preisentwicklung ist uneinheitlich. Die rückläufigen Neigungen im Frühjahr haben so ziemlich aufgehört. Auf Teilgebieten sind sogar Preissteigerungen eingetreten. Namentlich zeigen die Preise für Produktionsmittel Neigung zum Steigen. An dieser uneinheitlichen Preisentwicklung ist nicht zuletzt die Tatsache schuld, daß ein Teil der Preise kartellmäßig gebunden ist, während der andere nach Angebot und Nachfrage sich reguliert. Hinzu kommt der Einfluß der Preise für ausländische Güter. Die nachstehende Zusammenstellung des Konjunkturinstituts gibt eine klare Auskunft darüber, wie die freien und die geregelten, die inlands- und die auslandsbestimmten Preise sich entwickelten:

	Freie Preise	Geregelte Preise	inlandsbestimmte Preise	auslandsbestimmte Preise
Januar 1928	110,0	99,7	132,1	138,2
Juli 1928	108,4	103,1	133,6	137,6
Januar 1929	101,9	104,6	135,2	131,9
April 1929	99,7	104,8	134,6	130,4
Mai 1929	97,2	104,9	134,6	125,8
Juni 1929	96,9	104,9	135,5	124,8
Juli 1929	96,9	104,9	135,6	124,1

Es ist immer die alte Geschichte, daß sowohl die auslandsbestimmten als auch die freien Preise des Inlandes sich der Konjunktur anpassen und im allgemeinen auch zurückgehen, daß aber sowohl die „inlandsbestimmten“ wie die „geregelten“ Preise stabil bleiben oder sogar noch steigen. Die freien Preise haben vom Januar 1928 bis Juli 1929 einen Rückgang von 13 Punkten erfahren. Die geregelten Preise haben in der gleichen Zeit um fünf Punkte zugenommen. Während die inlandsbestimmten Preise gleichgeblieben, sind die auslandsbestimmten fast ständig gesunken. Ein Beweis, daß Deutschland dauernd mit einem hohen Preisstand zu rechnen hat. Die deutsche Wirtschaft ist deshalb so unbeweglich, weil sie in einem kartellmäßigen Panzer eingeschlossen ist und sich infolgedessen in der Preisbildung nicht so schnell dem Wechsel der Konjunktur anzupassen vermag.

Die Arbeitslosenversicherung hat wieder Ueberschuß. Nach den schweren Monaten großer Fehlbeträge kann die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung für den Monat Juni einen Ueberschuß von 938 000 Mark verbuchen. Die Gesamteinnahmen der Anstalt betragen im Juni 70,86 Millionen Mark und die Ausgaben 69,9 Millionen Mark. Die Monate Juli und August werden vielleicht mit einem etwas günstigeren Ergebnis aufwarten können. Im Herbst wird sich das Verhältnis wieder verschlechtern, wenn nicht inzwischen für neue Einnahmen Vorkehrungen getroffen wird.

**Kollegen, lest eure Verbandszeitung und gebt gelesene „Steinarbeiter“ an unorganisierte Steinarbeiter, Steinbildhauer, Steinseger, Kammer, Hilfsarbeiter weiter. Die Werbearbeit für den Verband darf nie stocken oder gar erlahmen.**

Konjunkturausgleich bei Auftragserteilung der öffentlichen Hand. Zwischen dem Reichswirtschaftsministerium und den Landesregierungen ist vereinbart, daß alle größeren Aufträge der Behörden an die Privatwirtschaft, die eine Lieferung oder Leistung im Einzelbetrag von 20 000 Mark oder mehr zum Gegenstand haben, dem Statistischen Reichsamte gemeldet werden. Die Meldungen sollen für den Konjunkturausgleich dienen. Ueber jeden einschlägigen Auftrag soll die Behörde oder sonstige Dienststelle, die den Auftrag erteilt, eine Fragekarte ausfertigen.

Die Sorgen der besseren Frau. Im „Modenspiegel“ der Wochenbeilage des „BT“ Nr. 33, finden wir unter der Ueberschrift „Unsere Sorge!“ eine Notiz, in der es u. a. heißt: „... Keine Frau wird eine Nonne beneiden, daß sie täglich jahraus, jahrein, die nämliche Kleidung trägt. Ist es dagegen nicht eine Nonne, angesichts des gefüllten Kleiderschranks zu stöhnen: „Ich weiß nicht, was ich anziehen soll!“ Eben das ist die schwere Pflicht der eleganten Frau stets „gut“ angezogen zu sein; und das bedeutet „passend“. Die Nonne braucht nicht zu überlegen, denn ihr Tag ist immer mit den gleichen Pflichten erfüllt. Aber die „weltliche“ Frau, die gehtet wird von einer Verpflichtung zur anderen, deren Tag einem lebhaften Krater von Dispositionen gleicht: Ihre Stärke muß es sein, stets zu wissen, welche Hülle die rechte ist, um ohne Anstoß durch den Strom der Welt zu gleiten. Denn es ist schwer gegen das Herkömmliche anzukämpfen, als sich der Mode zu unterwerfen. Eine isolierte Stellung ist ebenso stark umstritten wie schwer zu halten.“

Es ist in der Tat eine Nonne, angesichts des gefüllten Kleiderschranks zu stöhnen: „Ich weiß nicht, was ich anziehen soll!“ Wenn dieser Ausruf den Ehemännern nicht immer angenehm in die Ohren klingt, so ist es doch bezeichnend, daß ein gefüllter Kleiderschrank als etwas Selbstverständliches gilt. Die besseren Frauen werden von einer Verpflichtung zur anderen gehetzt. Deshalb müssen sie sich am Tage des öfteren umziehen. — Demgegenüber vergleiche man die Lage der berufstätigen Frauen und Mädchen, die jahraus, jahrein nicht von einer Verpflichtung zur anderen, sondern von und zur Arbeitsstelle gehetzt werden. Der Kleiderschrank der arbeitenden Frau ist nicht gefüllt, sondern manchmal sehr leer. Die zwei Welten, die in Deutschland zusammenleben, werden nicht besser charakterisiert, als das durch die obige Notiz gezeichnete Wohlleben einer kleineren Bevölkerungsschicht und die wirtschaftlich gedrückte Lage der großen Massen der Frauen und Mädchen geschieht.

**BEKANNTMACHUNGEN DER ZAHLSTELLEN UND GAVLEITUNGEN**

Besammlungen:  
Am 21. September in Darteheim, 17 Uhr, bei Bernotat. Referent: Bezirksleiter Artur Kaspar, Königsberg.  
Am 22. September in Kolberg (Steinseger und Kammer). Die Quartalsversammlung der Fachgruppe ist am 20. Oktober im Restaurant Gußke, Stettiner Straße.  
\*  
Demitz i. Sa. Um die Abreise des Kollegen Hans Schilde, geb. am 21. 1. 1900 in Werdau i. Sa., bittet der Unterzeichnete. Schilde ist mit dem Lindcar-Fahrrad auf Reisen gegangen, ohne bei der Fabrik das Rad zu bezahlen. A. Schuster, Demitz i. Thumitz.  
Heppenheim. Den Mitgliedern unserer Zahlstelle zur Kenntnis, daß alle Verbandsangelegenheiten — Beitragszahlung, Auszahlung von Unterstufungen usw. — von jetzt ab nur im Büro der Rechtsanwaltsstelle der freien Gewerkschaften in der Hermannstraße (Badeanstalt, Nebengebäude) geregelt werden; und zwar Sonnabends, von 15—19 Uhr und Sonntags, von 9—12 Uhr. Diese Zeit ist unbedingt zu beachten und einzuhalten, weil andere Organisationen die übrige Zeit ausnützen. In meiner Wohnung findet keine Verbandsfunktion mehr statt!  
Fr. Moosmüller, Kassierer.

Schneidemühl. Der Kollege W. Patyschowski kann am 17. September auf eine ununterbrochene 25jährige Mitgliedschaft zurückblicken. Zahlstelle und Verbandsleitung bringen dem Jubilar an seinem gewerkchaftlichen Ehrentage die besten Glückwünsche dar. — Die Zahlstelle hat am 30. September dieses Jahres 7 a h = n e n w e i h e, wozu sie die umliegenden Verbandszahlstellen einladet.

Bad Vibra. Den Kollegen von Laucha a. U. und dem Steinmetzmeister Herrn Heinisch, sage ich für die erhaltene Geldunterstützung herzlichsten Dank, denn es war eine große Hilfe.  
Karl Diener, Steinmetz-Invalide.

**BRIEFKASTEN**

H. Schm. Sendung für die Steinsammlung eingetroffen. Dank für die wertvolle Bereicherung.

**Adressenänderungen**

1. Gau (NW): Loth (Pomm.) Vorf.: Wilh. Seider, Lange Straße 52, Kass.: Hans Droschinski.
2. Gau: Ströbel. Vorf.: Hermann Spielmann.
4. Gau: Schönebeck. Vorf. u. Kass.: Ernst Fabian, Bad Salzmen, Ecke Dr. Tollberg, Brunnenstraße 1.
7. Gau: Ruhmannsfelden. Vorf.: Ludwig Müller, Brünst, Post Ruhmannsfelden.

**NEUE BÜCHER-U. ZEITSCHRIFTEN**

Die „Sozialistische Bildung“ mit ihren Beilagen „Bücherwarte“ und „Sozialistische Erziehung“ ist zum Preise von 1,50 Mark für das Vierteljahr durch die Post oder die Buchhandlung zu beziehen. Einzelnummern kosten 75 Pfennige. Der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, stellt Probenummern gern zur Verfügung.

Helm Lehmann, „Die Sünde wider das Volk“ heißt die Streitschrift für die deutsche Krankenversicherung. Preis pro Stück 10 Bg. — Die Schrift nimmt in prägnanter Form Stellung zu den Angriffen gegen die Krankenversicherung. Dabei geht sie von der volkswirtschaftlichen und sozialhygienischen Bedeutung und der gesellschaftlichen Entwidlung der Krankenversicherung aus. In Hand des antiken literarischen Materials widerlegt die Schrift die Einwürfe gegen die reichsgesetzliche Krankenversicherung und weist nach, daß sie die wirkungsvollste, zweckentsprechendste und in der Verwaltung bei weitem rationellste und billigste Art der Krankenversicherung ist. Die Verwaltung der Ortskrankenkasse ist die billigste in der Krankenversicherung. Auch zur Arztfrage wird eingehend Stellung genommen. Den Schluß bildet eine kurze aber treffende Abfertigung jener Mutationisten, die aus den Arbeitern Kapitalisten machen wollen.

Geschichte des Deutschen Verkehrsbundes. 1. Band, XV, 280 Seiten und 82 Abbildungen. Verlagsanstalt „Courier“, Berlin 1929. Der Deutsche Verkehrsbund, die freigewerkschaftliche Organisation der im Handel, Transport und Verkehr beschäftigten Arbeitnehmer, unternimmt es, in einem groß angelegten, auf drei Bände berechneten Werke seine Geschichte zu veröffentlichen. Der erste Band, der jetzt vorliegt, kommt aus der Feder des bekannten sozialistischen Schriftstellers Dr. Max U. a. r. a. d. und schließt, durch reiche Illustration wirksam belebt, die „Entwicklung des Handels, Transports und Verkehrs in Deutschland“ ab.  
Das Buch führt uns — nach einem Rückblick auf das Handels- und Verkehrsleben der antiken Welt — von den Anfängen des Handels im frühen deutschen Mittelalter über die Zeiten der Hanja, der Fugger und Welser, über die Anfänge des Kapitalismus zu der Vollendung des Handels, Transports und Verkehrs im modernen Hochkapitalismus. Zu allen Zeiten und auf allen Gebieten sucht Dr. U. a. r. a. d. die Frage zu beantworten: Wie war die soziale Lage der unselbständigen Arbeitsträger, wie gestalteten sich die Arbeitsverhältnisse der Fuhrleute, der Marktbesitzer, der Handlungsgehilfen, der Postreiter, der Matrosen? So ist der erste Band der Geschichte des Deutschen Verkehrsbundes eine fundierte wirtschaftshistorische und wirtschaftswissenschaftliche Wissenschaft. Bei aller Klarheit der Darstellung ist das Buch für den einfachen Mann aus dem Volke geschrieben. Es wird in seiner geschmackvollen Ausstattung ein Schmuckstück jeder Arbeiterbibliothek sein.

„Volksgesundheit“. Sozialistische Monatschrift für Gesundheitspflege, Heilkunde, Lebensreform und Freizeitsport mit dem Beiblatt „Der proletarische Aktivist“. Herausgeber: Verband Volksgesundheit, Dresden I, Marienstr. 13. Einzelheft 40 Bg. Jahresabonnement 4 Mark.

„Der Wahre Jakob“ ist zum Preise von 30 Bg. pro Exemplar in allen Volksbuchhandlungen zu haben.

„Franzweit“. Halbmonatsschrift, Preis 40 Bg., mit Schnittmusterbogen 50 Bg. Verlag S. H. W. Dieh Nachfolger, Berlin SW. 68. Bestellungen bei allen Volksbuchhandlungen.

**ANZEIGEN**

Den bekannt guten u. bestbewährten Handgearbeit. Steinbruchschuh. N 14.75 Reelleste Beliefer. Hochw. Qualit. Verlangen Sie Preisliste. Herm. Weibers. Berufsschuhwerk. Bad Godesberg.

**Pflasterhämmer** aus bestem Schweißstahl. **Rammen, Brechzangen** und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefert auch nach außerhalb. **Otto Teske, Berlin N 31** Brunnenstraße 82

**Steinarbeiterhosen** aus III-Drahtleder mit 12er Schuh u. Ledertaschen 13.— Mk., aus II-Drahtleder 9.— und 6,50 Mk., **Maurersocken** 1,20 Mk. Echt Lindner-Manchesterhosen. Qual. I 17.—, II 13.—, III 11.— Mk. vers. n. Maß b. Bestellung von 20 Mk. frei Haus, Preisliste u. Muster gratis. **Emil Hohfeld, Dresden 6**, Ritterstr. 2

**Altbrauchbares Pflastermaterial** wie Kopfsteine, Reihensteine, Kleinsteine, ferner Mosaik, Packe und Schotter preiswert, sofort lieferbar. **Bahn-, Straßen- u. Tiefbau A. G. Berlin-Lichtenberg**, Rittergutsstraße 47/8.

**GESTORBEN**

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden inolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)  
In **Wilhelmshaven** am 30. Juli der Steinsetzer Paul Jacupke, 63 Jahre alt, 11 Wochen krank, Magenkrebs.  
In **Rottenbauer** (Bez. Würzburg) am 16. August der Brecher Peter Arnold, 54 Jahre alt, 7 Wochen krank, Leberkrebs.  
In **Demitz-Thumitz** am 21. August der Brecher Alwin Koch, 42 Jahre alt, 1 1/4 Jahr Lungentuberkulose; am 25. August der Hilfsarbeiter Emil Voigt, 63 Jahre alt, 1/2 Jahr Herzerkrankung.  
In **Leipzig** am 23. August der Steinsetzer Herm. Nestler, 59 Jahre alt, 3 Monate krank, Speiseröhrenverengung.  
In **Feldberg i. M.** am 26. August der Hilfsarbeiter Wilhelm Wilke, 75 Jahre alt, 4 Wochen krank, Blinddarmerkrankung.  
In **Bunzlau** am 29. August der Sandsteinmetz Karl Brätsch, 65 Jahre alt, 2 Jahre 8 Monate Berufskrankheit.  
In **Heidingsfeld** (Bez. Würzburg) am 29. August der Schleifer Sebastian Röttinger, 73 Jahre alt, 1 Jahr krank, Speiseröhrenverengung.  
In **Floß** am 30. August der Granitsteinmetz Johann Sommer, 58 Jahre alt, 1 1/2 Jahre krank, Lungentuberkulose.

**EHRE IHRE ANDENKEN**

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold; Verlag Ernst Winkler, beide in Leipzig. Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.